

BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH

Datenschutzhinweise nach Art. 13 DSGVO

1. Verantwortlicher

Für die Datenerhebung und Verarbeitung ist die

BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (nachfolgend BIS genannt)

Am Alten Hafen 118, 27568 Bremerhaven

verantwortlich.

2. Datenverarbeitung zur Vertragserfüllung

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die für die Erfüllung eines Vertrags erforderlich sind, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen oder zur Prüfung von Fördermöglichkeiten, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen. Neben den **Stammdaten unseres Ansprechpartners (Name, Vorname, akademischer Titel, Firmierung des Unternehmens, dienstliche Anschrift, dienstliche E-Mail-Adresse, dienstliche Telefonnummer, dienstliche Faxnummer, dienstliche Mobilfunknummer)** verarbeiten wir weitere Daten in Abhängigkeit davon, mit welchem Geschäftsbereich Sie in Kontakt treten:

2.1. Fördermittelprüfung/ Mindestlohnprüfungen

Verarbeitet werden Lohnkonten, Qualifikationsnachweise, Arbeitsverträge u. ä. gemäß Anforderungen aus den Zuwendungsbescheiden oder Anforderungen im Rahmen der Auftragsvergaben der Beschäftigten der zu überprüfenden Unternehmen.

Die Daten werden an Aufsichts- und Prüfbehörden sowie Fördermittelgeber weitergeleitet, sofern eine datenschutzrechtliche Übermittlungsbefugnis und Notwendigkeit besteht.

2.2. Immobilien

Verarbeitet werden Namen von Personen und Firmen, Adressdaten von Vermietungsobjekten und Gewerbegrundstücken, Raumanzahl mit Flächenangaben sowie Miet- bzw. Kaufpreise. Die Daten werden differenziert zwischen Vertragspartnern und Interessenten in einer Datenbank gespeichert.

Es erfolgt eine Weitergabe der erforderlichen Daten bei Abstimmungen mit Ämtern und für Bonitätsprüfungen. Sofern ein Grundstückskaufvertrag geschlossen werden soll, ist die Beschlussfassung in den zuständigen politischen Gremien einzuholen, sodass Vertragsinhalte bekannt gegeben werden.

Sofern ein Mietverhältnis geschlossen wird, werden die Daten an den Verwalter der Immobilie und seitens des Verwalters ggf. an Energieversorger u. ä. (Energieabrechner) weitergegeben. Ggfs. erfolgt eine Weitergabe der Daten bzw. Akten im Rahmen von externen Prüfungen durch Aufsichtsbehörden und Rechnungshof. Es bestehen zudem verschiedene Berichtspflichten gegenüber dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Die Daten von Interessenten werden nach 10 Jahren gelöscht. Hinsichtlich abgeschlossener Verträge erfolgt keine Löschung der Vertragsunterlagen.

2.3. Wirtschaftsförderung

Verarbeitet werden Kontakt- und Förderdaten einschließlich Schriftverkehr von bzw. mit Personen und Firmen, die Förderanträge gestellt haben bzw. stellen wollen und von bzw. mit Behörden wegen Abstimmungen oder betreffend die Einholung von Genehmigungen u. ä.

Es werden regelmäßig Berichte an die Mittelgeber (Behörden des Landes Bremen) und Aufsichtsbehörden gegeben. Personenbezogene Daten sind grundsätzlich nicht Bestandteil der Berichte, können aber im Einzelfall enthalten sein; so z.B. Kontakt- und Förderdaten der Antragsteller bzw. Begünstigten.

Darüber hinaus werden erforderliche Daten an die Bremer Aufbaubank, öffentliche Stellen für Stellungnahmen, an der Finanzierung beteiligte Institutionen, an den Rechnungshof und Verwaltungs- und Prüfbehörden auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene im erforderlichen Umfang weitergegeben.

Eine Datenlöschung erfolgt grundsätzlich nicht, da bei Förderanträgen regelmäßig auch Vorförderungen zu berücksichtigen sind.

2.4. Auftragsvergabe

Verarbeitet werden Mitarbeiterdaten, insb. Lebenslauf, Qualifikation, Zertifikate sowie Referenzen der am Vergabeverfahren teilnehmenden Unternehmen.

Übermittelt werden Daten an etwaige Kooperationspartner (bei gemeinsamen Ausschreibungen) auch an Auftraggeber (z. B. wenn die BIS für Dritte die Ausschreibung durchführt) und bzw. oder an Berater (z.B. Rechtsanwalt/ Planungsbüros), die die Ausschreibung begleiten.

3. Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung

Sofern zwischen dem Verantwortlichen und Ihnen keine Geschäftsbeziehung besteht, Sie aber eine entsprechende gesonderte Einwilligung erteilt haben, verarbeiten wir Ihre Daten zum Zwecke des (E-Mail-)Newsletterversands, für Einladungen zu Veranstaltungen und Qualifizierungsangeboten und zum Versand von Informationsmaterial. Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO.

Ihre Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden, ohne dass dies die Rechtmäßigkeit der bisher erfolgten Verarbeitung berührt. Wenn die Einwilligung widerrufen wird, stellen wir die entsprechende Datenverarbeitung ein. Ihren Widerruf richten Sie an: BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und

Stadtentwicklung mbH -Widerruf-, Am Alten Hafen 118, 27568 Bremerhaven, E-Mail-Adresse: widerruf@bis-bremerhaven.de.

4. Datenverarbeitung auf Grundlage berechtigter Interessen

Sofern zwischen dem Verantwortlichen und Ihnen eine Geschäftsbeziehung besteht, verarbeiten wir Ihre Daten zum Zwecke des (E-Mail-)Newsletterversands, für Einladungen zu Veranstaltungen und Qualifizierungsangeboten sowie zum Versand von Informationsmaterial. Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Das berechtigte Interesse besteht in der Förderung des Standortes Bremerhaven und der Vernetzung potentieller Geschäftspartner.

Sie können der Verwendung Ihrer Daten Jederzeit widersprechen. Im Falle der Datenverarbeitung zum Zwecke des (E-Mail-)Newsletterversands können Sie jederzeit widersprechen, ohne dass hierfür andere als die Übermittlungskosten nach den Basistarifen entstehen. Ihren Widerspruch richten Sie an: ### [E-Mail-Adresse und Postalische Anschrift einfügen].

5. Keine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall

Es werden keine automatisierten Verarbeitungsprozesse einschließlich Profiling zur Herbeiführung einer Entscheidung über die Begründung und Durchführung der Geschäftsbeziehung (Artikel 22 DSGVO) genutzt. Sollten diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen werde, erfolgt hierüber eine gesonderte Information, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

Im Rahmen der Bearbeitung der Novemberhilfe-Anträge kann es dazu kommen, dass teilweise automatisierte Verarbeitungsprozesse eingesetzt werden, um eine schnelle Bescheidung des Antrages bei Erfüllung der Voraussetzungen, die in der jeweils geltenden Fassung der Ausführungsbestimmungen über die Gewährung von Novemberhilfen als außerordentliche Wirtschaftshilfe des Bundes für die Freie Hansestadt Bremen („Bundesprogramm Novemberhilfe Bremen“) vom 18.11.2020 festgelegt sind, zu gewährleisten.

6. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

datenschutz nord GmbH, Konsul-Smidt-Str. 88, 28217 Bremen, office@datenschutz-nord.de

7. Rechte der betroffenen Person

Betroffene Personen haben das Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten oder auf Löschung, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Es besteht zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit. **Werden Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO erhoben (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen), steht der betroffenen Person das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation**

ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

8. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat des Aufenthaltsorts der betroffenen Person oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden. Im Land Bremen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Frau Dr. Imke Sommer

Arndtstraße 1, 27570 Bremerhaven

Tel.: +49 421 3612010 oder +49 471 5962010

Fax: +49 421 49618495

E-Mail: office@datenschutz.bremen.de